

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgebühren) M. 39.—  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 20 M.,  
für Versammlungsanzeigen 8 M. pro Zeile.

## Die Notlage der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet.

Die Besetzung des Ruhrgebietes, die seit Monaten drohte, ist zur Tatsache geworden. Ihre unmittelbaren Folgen treffen in erster Linie die unbemittelten Volksschichten, vornehmlich die Gehalts- und Lohnempfänger. Eine Teuerungswelle, wie sie in ähnlichem Ausmaß bisher noch nicht beobachtet werden können, flutet über das ganze Land. Sie bedeutet ein starkes Herabdrücken der ohnehin kargen Lebenshaltung großer Volksmassen, demgegenüber die Steigerung der Arbeitseinkommen wenig ins Gewicht fällt. Die Arbeitermassen werden dadurch um so schwerer getroffen, als eine Erleichterung ihrer Lage durch Aufhebung oder Einschränkung der durch die Besetzung eingetretenen Zustände in absehbarer Zeit kaum zu erwarten steht, vielmehr angenommen werden kann, daß noch wesentliche Verschlimmerungen eintreten werden. Das Eingreifen der Besatzungsbehörden in die Kohlenproduktion, die Verhaftung von namhaften Vertretern des Bergbaues und Beamten der staatlichen Bergbauverwaltung haben den Zustand noch erheblich verschärft. Die Belegschaften zahlreicher Gruben haben diese Maßnahmen sowie die militärische Besetzung ihrer Arbeitsstellen, als ihre Intervention bei den Besatzungsbehörden nichts fruchtete, mit Proteststreiks beantwortet. Die zeitweilige Stilllegung der Produktion, der jeden Augenblick die völlige Einstellung der Kohlenförderung folgen kann, ist von ungeheurer Wirkung für die gesamte deutsche Industrie wie für alle Gewerbe, auch für das Baugewerbe. In einer so ernsten Situation, die sich von Tag zu Tag noch mehr zuzuspitzen droht, ist größte Besonnenheit am Platze; dennoch darf nichts unterlassen werden, was geeignet erscheint, den allerschlimmsten Gefahren zu begegnen. Nationalistische Kreise machen stark in Kriegsstimmung; die Arbeiterschaft darf sich von dieser Stimmung unter keinen Umständen anstecken lassen. Sie hat die Kriegswirkungen alle die Jahre hindurch bis zum Ueberdruß zu verspüren bekommen, verspürt sie noch heute. Wer den Versuch macht, von neuem kriegerische Verwicklungen heranzubeschwören, dem gebe sie die richtige Antwort: Nie wieder Krieg! Die Arbeiterschaft halte sich aber auch bereit für etwaige Aktionen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund bereits vorbereitet sind und über deren Ausführung die nächsten Tage Klarheit bringen werden. Sie hüte sich vor unüberlegten Handlungen.

Besonders hart betroffen ist die Arbeiterbevölkerung im Ruhrgebiet. Dadurch, daß die Besatzungsbehörden die Kassenbestände der Reichsbank beschlagnahmt und die übrigen Banken gesperrt haben, ist den Konteninhabern der Banken vorläufig das Verfügungsgewalt über ihre Konten entzogen. Das hat zur Folge gehabt, daß größere Firmen an ihre Arbeiter die Löhne nicht auszahlen konnten. Durch Anschlag gaben sie den Belegschaften davon Kenntnis, daß sie die fälligen Lohnzahlungen umgehend nachholen würden, sobald sie dazu in der Lage seien. Die Arbeiterschaft im besetzten Gebiete befindet sich in größter Not, die noch gesteigert wird dadurch, daß im ganzen Gebiet die Warenpreise über Nacht um mehr als 100 % gestiegen sind und die Unternehmer Lohnerhöhungen beharrlich verweigern. Der Hunger steht vor der Tür! Hier muß die deutsche Regierung eingreifen. Mit Anweisungen an die Behörden und Beamten allein ist es nicht getan. Die Arbeiterschaft fordert laut und gebieterisch finanzielle Hilfe. Die zuständigen Stellen, besonders die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, werden die Regierung umgehend auf diese Pflicht aufmerksam zu machen haben.

Soeben wird nachstehende Kundgebung der Gewerkschaften bekannt:

Die unterzeichneten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands erklären ihr volles Einverständnis mit den Abwehrmaßnahmen der bedrängten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den besetzten Gebieten.

Wir billigen ausdrücklich auch die von den Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen, insbesondere nach sofortiger Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der französisch-belgischen Soldaten von den Arbeitsstätten und nach Freigabe der völkerrechtswidrig verhafteten Werkleitungen und Beamten.

Wir fordern die gesamte Arbeitnehmerschaft auf, an diesen Forderungen festzuhalten und nicht nachzulassen in ihrem Widerstand gegen jeden störenden Eingriff der feindlichen Militärmassen in das deutsche Wirtschaftsgetriebe.

Im Namen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Reich und — so glauben wir — mit Zustimmung des ganzen deutschen Volkes sichern wir den deutschen Brüdern im Ruhrgebiet in ihrem gefährlichen Kampfe nachhaltigste Unterstützung zu.

Berlin, 22. Januar 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Deutscher Beamtenbund.

## Der soziale Kampf im Jahre 1922.

In der Geschichte der sozialen Bewegung der neuen Zeit bietet kaum ein anderes Jahr ein so bewegtes Bild wie das vergangene. Es ist späteren Zeiten vorbehalten, die ganze Tragweite und Bedeutung der Ereignisse dieses Jahres für die soziale Bewegung in vollem Umfange zu beurteilen. Nichtsdestoweniger müssen wir Zeitgenossen ebenfalls trachten, diese möglichst scharf ins Auge zu fassen und aus ihnen die für unsere Gesichtspunkte entscheidenden Lehren zu ziehen. In den anatomischen Lehrbüchern pflegt das Bild eines kranken Pferdes gezeichnet zu werden, das sämtliche Krankheiten, die ein Pferd befallen können, an diesem einen Körper darstellt. Ähnlich wurde der wirtschaftliche und soziale Organismus der Gesellschaft in diesem Jahre von sämtlichen Krankheiten, die sonst in verschiedenen Zeiten und Perioden auftreten, ergriffen. Nach 5 Jahren Menschenmord neue Trümmerhaufen, neue Vernichtung von Werten, neue Verfündigungen an Toten, Lebenden und noch nicht Geborenen.

Im Zeichen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reaktion und des Rückganges ist das vergangene Jahr verfloßen. In der politischen Sphäre: Verherrlichung des neuen Gottes der Gewalt, brutale Gewaltanwendung der Machthaber, Ueberhebung und Eigendünkel der Sieger, Imperialismus auf Kosten und mit Unterdrückung kleiner oder ohnmächtiger Völker, militärische Vorbereitungen, neue Rüstungen, Herstellung von Gift- und Gasbomben zum Gebrauch in künftigen Kriegen, — ein neuer Aufstieg des imperialistischen Gedankens und Gesinnung. An der Spitze marschiert der französische Imperialismus, der in erster Linie auf Deutschlands Zertrümmerung und Vernichtung ausgeht; außerdem aber die Oberherrschaft in Europa anstrebt. England unterdrückt die Freiheitsbestrebungen in Indien, Ägypten und Mesopotamien mit alten und neuen Mitteln der Gewaltanwendung. Das faschistische Italien rüstet sich zu imperialistischen Abenteuern. Die tiefe Sehnsucht der Völker nach friedlichem Zusammenleben untereinander wird mißachtet und vergerätigt. Der Völkerbund, der als Instrument des Friedens gedacht war, wird von den Machthabern zur Ohnmacht verurteilt und konnte vorläufig kaum etwas für die Völkerverböhnung erreichen. Die Washingtoner Abrüstungskonferenz hat zwar eine gewisse Einschränkung der Rüstungen auf See erreicht, doch wurde sie nicht vom Geiste der Völkerverböhnung getragen und diente nur finanziellen Zwecken, Sparmaßnahmen; im übrigen sind ihre Beschlüsse noch nicht einmal ratifiziert. So zeigt das politische Bild alle Zeichen der Verwirrenheit. Es hat sich gezeigt, daß die Politik das Leben der Völker entscheidend beeinflusst, daß innere und äußere Politik untrennbar in-

einander verflochten sind, da sich die innerpolitischen Machtverhältnisse auf die Gestaltung der äußeren Politik entscheidend auswirken, und also vom Besitz der politischen Macht das Schicksal der Völker in erster Linie abhängt.

Der politischen Reaktion entspricht die wirtschaftliche. Kein Wunder, — die beiden Sphären sind von denselben Klassen und denselben Interessen beherrscht. Dieselben Macht- und Klasseninteressen bewegen die Machthaber der Staaten und der Wirtschaft, die in den meisten Fällen dieselben Personen sind. Auch hier kann also vom friedlichen Zusammenleben der Völker nicht die Rede sein. An Stelle des freien Verkehrs finden wir überall, und zwar über die Zwangslage einzelner Länder weit hinausgehend, Ab-sperrung, Erschwerungen und Hindernisse des Verkehrs. In der auswärtigen Wirtschaftspolitik sind wiederum und mehr als zuvor die Fragen der Konzessionen, Petroleumfrage und ähnliche kapitalistische Interessen ausschlaggebend. Die Wälatkrise hat das ganze Wirtschaftsleben wie eine ansteckende Krankheit befallen. Sie hätte nur durch ein Zusammenwirken sämtlicher Völker beseitigt werden können. Doch geschah auch auf diesem Gebiet, trotz vieler Konferenzen und nützlicher Empfehlungen, die auf ihnen ausgearbeitet wurden, nichts, was eine Besserung hätte herbeiführen können. Der nackte wirtschaftliche Egoismus auf kurze Sicht, der seine unmittelbaren Interessen der zukünftigen Entwicklung voranstellte, war stärker als der Wille der Massen zur Befundung. Die Wälatkrise besteht weiter, und neben den Mühsüßern derselben leidet das Proletariat hüben und drüben darunter. Es bezahlt sie in dem einen Lande mit Arbeitslosigkeit, im andern aber mit wirtschaftlichem und sozialem Niedergang.

Die soziale Reaktion wird von denselben Mächten getragen, die das politische und wirtschaftliche Schicksal der Völker so verhängnisvoll gestaltet haben. Sie wollen die sozialen Errungenschaften der letzten Zeiten zurückschrauben. Regierungen und Unternehmer sind in den meisten Ländern einig in diesem Kampf: Abschaffung bestehender sozialer Einrichtungen und Verweigerung der Aufstellung neuer, längst versprochener, zumeist mit dem Schlagwort der Spar-samkeit; Widerstand gegen Organisationsbestrebungen, Kampf gegen den Achtstundentag; ungenügende und vielfach menschenunwürdige Behandlung der Arbeitslosen und der Arbeitslosigkeit überhaupt, Kündigung der Tarifverträge, bewußte Senkung des Reallohnes, Entfesselung von Streiks, um die finanzielle Widerstandskraft der Arbeiterorganisationen zu schwächen, Abbau der Arbeiterkontrolle, — diese und ähnliche Bestrebungen bildeten den dunklen Hintergrund, auf dem sich das Bild der sozialen Bewegung abhebt.

Wenn wir uns fragen, welches die Rolle der organisierten Arbeiterklasse in diesem Wirbel der Interessen und Machtkämpfe gewesen ist, und dabei manche Verfehlungen ihrer Politik wie auch die erlittenen Niederlagen derselben im Bewußtsein haben, können wir trotzdem mit Befriedigung auf die Kämpfe des vergangenen Jahres zurückblicken. Es hat sich herausgestellt, daß einzig und allein die Klassenbewußte Arbeiterschaft den hohen Zielen der Menschlichkeit und der gemeinsamen Interessen der Völker gerecht wurde. Die Kapitalisten pflegten diese Klasse immer als „destruktives“, zerstörendes Element hinzustellen; nun hat sich gezeigt, daß sie die einzige gesellschaftliche Klasse war, die den Wiederaufbau Europas und die Völkerverböhnung gefördert hat. Sie war das einzige gesellschaftserhaltende Moment in dieser Periode des Verfalls und Unterganges. Es war die Klassenbewußte Arbeiterschaft, die als erste die Forderung der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage gefordert hat, gegen imperialistische Abenteuer ihre Stimme erhoben, dem Krieg den Krieg erklärt hat, wichtige Propaganda für die Abrüstung eingeleitet und ihre vollen Kräfte hierfür eingesetzt hat, das Ende des Wälatelends durch weitfichtige Vorschläge herbeizuführen trachtete, die internationale Regelung der Produktion, besonders der Rohstoffbewirtschaftung, anregte, die Beseitigung der Hindernisse

nisse des freien Warenaustausches unter den Völkern, — wenn auch ihre Politik wegen ihrer Mollage nicht überall einheitlich sein konnte — im ganzen angestrebt hat. Sie war also die einzige Klasse, die neben ihrer Idee von der zukünftigen Einrichtung der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung den Forderungen des Tages gerecht wurde, und die einzige, die die Ideen der Menschlichkeit und des wahren Internationalismus hochgehalten hat.

Dies muß in einem Zeitpunkt besonders betont werden, wo die Anziehungskraft der sozialistischen Ideen und des Klassenkampfes viel an Boden verloren hat. Es sind der Bewegung Arbeitermassen entfremdet worden, die von ihr die plötzliche Aufrichtung des Tausendjährigen Reiches erwarteten und sich in ihren Hoffnungen getäuscht fühlten, aber auch Intellektuelle, bei denen der Sozialismus aus der Mode kam. Eine Kritik über die Kritiker des Sozialismus und des Klassenkampfes ist hier nicht am Platze. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß der Klassenkampf das einzige Mittel ist, wodurch die Klasse sich ihrer selbst bewußt wird, und bevor dies geschieht, kann sie auch ihre historische Aufgabe nicht erkennen und erfüllen. Die Tatsachen, die wir hier kurz angedeutet haben, zeigen, daß die Arbeiterklasse als solche eine hohe historische Aufgabe hat und daß sie diese trotz allem und für die Gesamtinteressen der Menschheit zu erfüllen bereit ist. A. H.

### Das Existenzminimum in der ersten Januarhälfte 1923.

Von Dr. A. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Januarhälfte um ein Viertel höher als in der ersten Dezemberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, fünfmal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, rund 55mal so hoch wie im Januar 1922, etwa 100mal so hoch wie im Januar 1921 und annähernd 140mal so hoch wie im Januar 1920.

Kartoffeln kosteten 450mal soviel wie vor 9 Jahren, rationiertes Brot 700mal soviel, Milch 900mal soviel, Zucker 1050mal soviel, Bohnen 1250mal soviel, Margarine 1300mal soviel, Reis 1400mal soviel, Brot im freien Handel und Gas 1600mal soviel, Erbsen, Speck, Briketts 1650mal soviel, Roggenmehl 1700mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	4068	6869	9463
Wohnung	300	300	300
Heizung und Beleuchtung	3070	3070	3070
Bekleidung	4517	7528	10539
Entwärtiges	8585	5329	7011
1. Januarhälfte 1923	15540	23096	30383
2. Dezemberhälfte 1922	12885	19381	25579
1. Dezemberhälfte 1922	12093	18411	24395
2. Novemberhälfte 1922	9490	14622	19303
1. Novemberhälfte 1922	6484	10060	13288
2. Oktoberhälfte 1922	4369	6754	8871
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4631	6186
Januar 1923	266	408	548
Januar 1921	152	231	320
Januar 1920	114	167	220
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Januarhälfte 1923 für einen alleinstehenden Mann 2590 M., für ein kinderloses Ehepaar 3849 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 5084 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 810 700 M., für das kinderlose Ehepaar 1 204 800 M., für das Ehepaar mit 2 Kindern 1 585 000 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Januarhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 15 540 M., das heißt auf das 927,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 23 096 M., das heißt auf das 1035,7fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 auf 30 383 M., das heißt auf das 1055,0fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Januarhälfte etwa ein Zehntel Pfennig wert.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

**Preiserhöhung für Anzeigen im „Zimmerer“.**  
Der Preis für Anzeigen im „Zimmerer“ war bis jetzt außerordentlich gering; er stand in gar keinem Verhältnis zu dem Preis für Anzeigen in andern Zeitungen und reichte nicht einmal aus, um die Unkosten, die aus der Aufnahme von Anzeigen überhaupt erwachsen, zu decken. Der Zentralvorstand hat deshalb eine erhebliche Preissteigerung für Anzeigen beschlossen, die sofort in Kraft tritt. Von Nr. 5 des „Zimmerer“ an werden für Verjamlungsanzeigen 80 M., für alle sonstigen Anzeigen 200 M. die Zeile berechnet. Ausgaben für Porto usw. werden besonders berechnet.

### Der Versand des „Zimmerer“.

Burzeit erfolgt in allen Zahlstellen die Neuwahl des Vorstandes. Bei Mitteilung der Adressen der neugewählten Funktionäre wird in der Regel vergessen, anzugeben, ob auch im Versand des „Zimmerer“ eine Veränderung eintreten

soll. Soll zum Beispiel der „Zimmerer“ künftig an den neugewählten Kassierer geschickt werden, so ist das ausdrücklich zu vermerken. Ebenfalls ist bei einem Wechsel der Kolportiere neben der neuen Adresse anzugeben, welche alte Adresse damit erlischt. Adressen sind stets deutlich zu schreiben. Neben Namen, Wohnort, Straße und Hausnummer ist, falls der Wohnort nicht Postort ist, der nächstgelegene Postort anzugeben. Sofern der Wohnort mehrere Postanstalten hat, ist auch die Nummer der nächstgelegenen Postanstalt, von der aus die Bestellung erfolgt, anzugeben. Falls die Sendung nicht sofort nach der Meldung an die neue Adresse, sondern, was vorkommen kann, noch einmal an die alte Adresse geht (bei der Sammelüberweisung verlangt die Post rechtzeitige Mitteilung von Änderungen der Adresse des Empfängers sowohl als auch der Anzahl der „Zimmerer“), so sollen die Empfänger nicht die Annahme verweigern und dadurch dem Verbands unnotige Portoausgaben verursachen, sondern die Sendung dem neuen Empfänger zustellen. In der nächsten Woche geht sie ohnehin an die neue Adresse. Erwünscht ist, daß als Empfänger des „Zimmerer“ möglichst Kameraden bestimmt werden mit ständiger Adresse, die auch gewillt sind, diese Funktion für längere Zeit zu versehen.

### Der Versand des „Korrespondenzblatt des ADGB“

soll künftighin anderweitig geregelt werden, und zwar möglichst durch Sammelüberweisung an die Ortsausschüsse oder Gewerkschaftsekretariate. Die örtlichen Organisationen, auch unsere Zahlstellen, haben sich zu diesem Zwecke mit dem Vorstand des Ortsausschusses oder dem Leiter des Gewerkschaftssekretariats ins Benehmen zu setzen und dort die für ihre Funktionäre benötigte Anzahl des „Korrespondenzblatt“ zu bestellen. Wie die Ortsausschüsse oder Sekretariate die Verbreitung an die örtlichen Organisationen regeln, ist zunächst ihre Sache; doch wird sich leicht eine Verständigung hierüber herbeiführen lassen. Sobald eine Regelung in den Zahlstellen getroffen, die Bestellungen gemacht sind und die Verteilung geordnet ist, haben die Zahlstellenvorstände die bisher zusammen mit dem „Zimmerer“ durch die Expedition des „Zimmerer“ bezogenen Exemplare des „Korrespondenzblatt“ bei dieser abzubestellen, damit Doppelsendungen vermieden werden.

### Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 wurden in Merseburg Karl Wolf (Verbandsnummer 19 688), Karl Kötze (12 299), Oswald Ufer (12 291) Paul Kahle (48 341), Erich Reißner (78 585), Richard Urban (386 531) und Karl Kempe (40 051), in Jena Hannes Schreier (380 207) aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Zentralvorstand.

### Rechnungsabschluss

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 3. Quartal 1922.

#### a) Lokalkassen.

##### Einnahmen.

An Beständen vom 2. Quartal	12 050 802,71 M.
„ Lokalwochenbeiträgen	9 641 512,30 „
„ sonstigen Eingängen	1 887 696,70 „
<b>Summa</b>	<b>23 580 011,71 M.</b>

##### Ausgaben.

Per sämtliche örtliche Aufwendungen	8 480 194,61 M.
„ Bestände am Quartalschluß	15 099 817,10 „
<b>Summa</b>	<b>23 580 011,71 M.</b>

#### b) Zentralkasse.

##### Einnahmen.

An Vermögensbestand vom 2. Quartal	9 829 000,02 M.
„ Guthaben in den Zahlstellen vom 2. Quartal	697 376,96 „
„ Eintrittsgebühren	55 180,00 „
„ Zentralwochenbeiträgen	27 349 353,70 „
„ Verbandsliteratur	1 614,50 „
„ Duplikaten (f. verlorene Mitgliedsbücher)	1 150,00 „
„ Kopiermarken (Druckkosten zurück)	534,50 „
„ Zinsen	26 291,74 „
„ diversen Eingängen	1 049,95 „
„ Unterstützungskasse (Meberertrag)	72 988,65 „
<b>Summa</b>	<b>38 034 540,02 M.</b>

##### Ausgaben.

Per Agitation	1 996 850,67 M.
„ Gewerkschaftenunterstützungen	171 112,00 „
„ Flüchtlingenunterstützungen	200,00 „
„ Gemahregeltenunterstützungen	15 523,00 „
„ Gewerkschaftsbund (Beiträge)	447 540,00 „
„ Konferenzen	198 855,00 „
„ Rechtsschutz	7 446,90 „
„ Reichsversicherung	22 470,00 „
„ Statistil	29 636,00 „
„ Sterbeunterstützungen	12 070,00 „
„ Streiks und Lohnbewegungen	8 787 728,17 „
„ Verbandsorgan „Der Zimmerer“	8 707 731,63 „
„ verbranntes Werkzeug (Entschädigungen)	4 224,00 „
„ Verwaltung: a) zentrale	1 966 268,40 „
„ b) sachliche und allgemeine	896 764,97 „
„ Vermögensbestand am Quartalschluß	21 213 381,57 „
„ Guthaben der Zentralkasse in den Zahlstellen	8 556 737,66 „
<b>Summa</b>	<b>38 034 540,02 M.</b>

Der Mitgliederbestand betrug im vorigen Quartal 103 750; im Laufe des 3. Quartals sind 14 Zahlstellen neu errichtet, so daß am Schluß des Quartals in 1014 Zahlstellen 109 880 Mitglieder gezählt wurden.

Adolf Römer, Kassierer, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.  
Revidiert und für richtig befunden:  
Fritz Huber, Hamburg, Marienstraße 78 } Revisoren.  
Ernst Nagmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus }  
H. Cete, zweiter Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

### Bilanz vom 31. Dezember 1922.

Vermögensverwaltung des Zentralverbandes d. Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, G. m. b. H.

<b>Deckung.</b>	<b>Verpflichtungen.</b>
Angelegte Werte:	Eigene Mittel:
Bankeinlage GGG. 22 500 M.	Geschäftsanteile .. 22 500 M.

NB. Die Gründung der Gesellschaft basiert auf einem Beschluß des 22. Verbandstages (siehe Protokoll Seite 296). Dieselbe wurde am 9. Juli 1922 vorgenommen. Da die amtliche Bestätigung sich ungenügend verzögerte, konnten bis zum Jahreschluß Geschäftsänderungen durch die Gesellschaft noch nicht vorgenommen werden.

Hamburg, den 21. Januar 1923.

Für die Geschäftsführung: Adolf Römer, Heinrich Cete.  
Die Revisoren: Fritz Huber, Ernst Nagmann.

### Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Memel.

Gestreikt wird in Bleckede.

Gesperrt ist in Ballenstedt das Geschäft von Banse.

**Differenzen in Pommern.** Den im „Zimmerer“ Nr. 3 abgedruckten Schiedsspruch haben die Unternehmer abgelehnt, aber Anweisung gegeben, die im Schiedsspruch vorgezeichneten Löhne vom 2. Januar an zu zahlen. Sie lehnen jetzt eine Verhandlung zur Festsetzung der Löhne für die zweite Hälfte des Monats Januar ab.

**Erlebte Differenzen in der Provinz Sachsen.** Für den Monat Januar war der Lohn durch Schiedsspruch festgelegt. Die Unternehmer hatten diesen Spruch abgelehnt, weil er befugte, daß bei wesentlichen Änderungen in den Lebensbedingungen im Monat Januar nochmals Verhandlungen stattfinden müßten. Nach Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums haben die Unternehmer dem Schiedsspruch zugestimmt; die unstrittene Verhandlungsklausel wurde beibehalten.

**Regelung der Löhne in Rheinland-Westfalen.** Nach der vorläufigen Regelung der Löhne für die erste Hälfte des Monats Januar ist nun auch für die letzte Hälfte des Monats eine endgültige Regelung getroffen worden. Die Löhne werden um 55 und 60 % über die Dezemberlöhne erhöht, so daß sie jetzt 408 bis 567 M. die Stunde betragen.

**Lohnvereinbarung für Groß-Berlin.** In Verhandlungen ist für die Zeit vom 18. bis 31. Januar ein Stundenlohn von 525 M. festgesetzt worden. Das Gehaltsgeld beträgt 5 M. die Stunde.

**Lohnregelung in Danzig.** Am 17. Januar fällt das Tarifamt den einstimmigen Spruch, daß vom 12. bis 17. Januar ein Stundenlohn von 720 M. zu zahlen ist. Für die weiteren beiden Wochen im Januar werden die Löhne nach den Durchschnittssteuersatz für Januar im Vergleich zu der Dezembersteuersatz der Stadt Danzig errechnet.

**Lohnregelung in Schneidemühl.** Durch Verhandlungen ist ein Stundenlohn von 450 M. für die Zeit vom 13. Januar bis 2. Februar vereinbart worden.

**Bezirkliche Verhandlungen für den Freistaat Sachsen.** In Verhandlungen am 18. Januar ist der Einheitslohn auf 540 M., und zwar vom 18. Januar an auf 2 Lohnperioden, festgesetzt worden. Der Zuschlag von 10 M. für die Großstädte und 6 M. für eine weitere Anzahl Orte bleibt bestehen. Als Gehaltsgeldentschädigung wurden 2 % gewährt.

**Schiedsspruch für Mittel- und Oberbaden.** Am 18. Januar wurde durch einstimmigen Schiedsspruch festgelegt, daß vom 4. Januar an ein Stundenlohn von 500 M. und vom 18. Januar bis 31. Januar ein solcher von 600 M. zu zahlen ist. Der Lohn ist nunmehr einheitlich. Die Parteien haben sich bis zum 25. Januar zu erklären.

**Der Schiedsspruch für Hessen und Hessen-Nassau.** den wir in der vorigen Nummer mitteilten, war infolge des ablehnenden Verhaltens der Unternehmer nochmals Gegenstand der Verhandlung zwischen den Parteien. Es wurde vereinbart, daß der Spitzenlohn vom 11. Januar an 590 M. und vom 18. bis 31. Januar 610 M. betragen soll.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Arnswalde.** Am 31. Dezember tagte unsere Generalversammlung. Unser Vorsitzender erstattete einen kurzen Jahresbericht. Er schilderte die Schwierigkeiten, die wir im verflochtenen Jahre in unserer Organisationsfähigkeit zu überwinden hatten. Leider konnten wir mit unserm Lohne nicht Schritt mit der Teuerung halten. Die Ursachen liegen zum Teil in unsern gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Die Neuwahl des Vorstandes vollzog sich ohne Schwierigkeiten. Da dem alten Vorstände das Vertrauen ausgesprochen wurde, nahm er die Wahl wieder an. Wegen der Ferienfrage wurden die Betriebsratsmitglieder von sämtlichen Kläben gehört. Es wurde festgestellt, daß noch kein Kamerad Ferien erhalten hat. Die Unternehmer weigern sich, Ferien zu geben. Um unsere Rechte wahrzunehmen, sind wir genötigt, Klage beim Bezirkschiedsgericht einzureichen. Unter „Verschiedenes“ gab der Kassierer die neuen Beiträge bekannt; sie betragen vom 1. Januar an 260 M. Die Versammlung war nicht vollauf mit dieser Festsetzung einverstanden, da der Stundenlohn abzüglich der Steuer nicht 260 M. beträgt. Sie erhob ferner scharfen Protest, daß bei Berechnung der Unterstützung 9 Wochen zurückgerechnet wird, weil alle 4 Wochen Beitragserhöhung eintritt. Hierauf wurde einem Antrage zugestimmt, dem Kameraden Niesenberg, der schon 20 Wochen krank ist, vom Beitrag zu befreien.

**Brandenburg a. d. S.** Am 28. Dezember fand unsere diesjährige Generalversammlung im Volkshaus statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem als wichtigste Fragen „Vertragsverhöhung und Vorstandswahl“. Sie gingen recht schnell vonstatten. Es wurde beschlossen, 10 % vom Stundenlohn zurückgerechnet, als Beitrag zu zahlen, und zwar die 69. Klasse mit 280 M. Für die Lehrlinge sollen die 12., 23. und 33. Klasse mit 34, 54 und 74 M. gelten. Sämtliche Funktionäre erklärten sich bereit, ihre Ämter weiterzuführen; sie wurden dann auch einstimmig wiedergewählt. Im „Verschiedenes“ setzte eine lebhaft ausgeführte über den Beschluß des Verbandstages ein, daß verlorengegangene Marken sämtlich nochmals gekauft werden müssen. Es war hier die Meinung vorherrschend, daß entwertete Marken, wo ersichtlich ist, daß sie vorhanden waren, hiervon ausgenommen sein müßten, und daß diesem Uebelstand wirksam beizukommen sei, wenn die Marken besser gummiert würden. Anschließend wurde noch ein Ausschuß, bestehend aus 5 Kameraden, gewählt, der jeden ersten Mittwoch nach unserer Mitgliederversammlung mit den Lehrlingen zusammenkommen soll, um sie über Organisationsfragen, Pflichten und Rechte zu belehren. Im Anschluß hieran gab der Vorsitzende die Geschäftsordnung der Schlichtungskommission bekannt; er verwies die Kameraden im Falle von Streitigkeiten aus ihrem Arbeitsverhältnis an diese. Gleichzeitig teilte er auch noch mit, daß nach einer Entscheidung des Finanzamtes Brandenburg die Werkzeugzulage als Dienstaufwandsentschädigung zu gelten habe und nicht der Steuerpflicht unterliege. Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

(Jahresbericht.) Mit dem Jahre 1922 ist wieder ein Jahr dahingegangen, schwerer an Enttäuschungen als alle andern der Nachkriegszeit. Die in so vielen Familien erhoffte Besserung der wirtschaftlichen Lage ist in das gerade Gegenteil umgeschlagen. Schwerer denn je — laßt die Not auf den Schultern der breiten Massen, und die Unzufriedenheit nimmt Formen an, die besorgniserregend in die Zukunft blicken lassen. Trotzdem die Löhne gegen das Vorjahr um ein Vielfaches gestiegen sind, wurde die Not der arbeitenden Massen immer größer. Durch den Wucher und noch andere Vorkommnisse der Nachkriegszeit ist es keiner Familie möglich gewesen, Neuanschaffungen im Haushalt oder an Kleingüterständen vorzunehmen. War es in früheren Jahren schon die größte Sorge der Arbeiter, Mittel für den Winterhausbau, Kartoffeln usw. aufzubringen, so ist es heute für Familienbater gänzlich ausgeschlossen, diese wichtigsten Bedarfsartikel auf Vorrat einzukaufen. Infolgedessen sehen viele unserer Kameraden der Wintersonne mit Sorge entgegen. Deshalb ist es Pflicht aller Kameraden, treu und fest zur Organisation zu stehen, damit wir im Kampfe um unsere Existenz keinen Schritt zurückweichen brauchen. Durch die sprunghafte Verteuerung aller Lebensmittel ergaben sich mit Naturnotwendigkeit unsere Lohnforderungen. Kurz vor Jahreschluß mußten unsere Löhne um weiter 60 M. erhöht werden. Während zu Beginn des Jahres der Lohn 9,50 M. betrug, stand er am Schluß auf 310 M. Erfolgte die letzte Lohnerhöhung auch nicht in der Höhe, daß sie den Preisverhältnissen entsprach, so erschien es doch ratsam, sie anzunehmen. Um alle die Lohnerhöhungen zu erreichen, mußte neunmal das Bezirkslohnamt zusammengetreten und dreimal wurde für den ganzen Bezirk verhandelt. Es fanden hierzu am Orte 8 Extra- und 6 kombinierte Versammlungen statt. Außerdem hielt die Zahlstelle 12 Mitgliederversammlungen und 5 Vorstandssitzungen ab. Der Besuch der Versammlungen ließ im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig. Mögen sich alle Kameraden im Lohngelände Brandenburg ihrer Lage bewußt sein und fest und treu zusammenstehen; denn manchen schweren Kampf werden wir im kommenden Jahre zu bestehen haben. So unter anderem auch die Abwehr des uns zugehenden und im Reichswirtschaftsrat beschlossenen Neunstundentages. Darum sei unsere Parole: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

**Breslau.** In den Mitgliederversammlungen am 6. und 20. Dezember berichtete Kamerad Goldschmidt über die Dezemberlöhne. In der ersten teilte er mit, daß eine Zulage von 31 % und 1 M. Werkzeugzulage bewilligt sei. Unsere Forderung betrug 60 %; sie sollte nachholen, was die vorhergehenden Lohnerhöhungen nicht gebracht hatten. Das Ergebnis der nächsten Verhandlung, die nach Vereinbarung ohne Bezirkslohnamt stattfand, richtete sich nach der Indexziffer. Für die zweite Dezemberhälfte wurde eine Zulage von 29 % und 1 M. Werkzeugzulage festgesetzt. Diese Zulage wünschten die Unternehmer bis 4. Januar 1923 ausgedehnt, eine Forderung, die von uns abgelehnt wurde. Unter den Kameraden rief es Entrüstung hervor, daß die Lohnerhöhungstermine am Wochenchluß fallen gelassen wurden. Kamerad Goldschmidt behandelte noch die Regelung des Beitrags- und Unterstützungswezens. Danach gelangten mehrere Vorschläge des Vorstandes zur Annahme. Für die invaliden Kameraden wurde ein Betrag von 10 000 bis 12 000 M. aus der Lokalkasse zur Verfügung gestellt; ferner soll den ausgefeuerten Erwerbslosen die Erwerbslosenmarke auf Kosten der Lokalkasse gewährt werden. Weiter wurde der Bauhütte ein Darlehn von 100 000 M. gewährt. Beschlossen wurde ferner, daß jedes Mitglied die internationale Propagandamarke gegen den Krieg zu haben hat. Anschließend wurde auf den Endtermin der Ferien aufmerksam gemacht. Eine rege Aussprache rief der Angriff des Reichswirtschaftsamtes auf den Achtstundentag hervor. Ein Antrag fand Annahme, daß die Frage in der nächsten Versammlung eingehend behandelt werden soll. Kamerad Goldschmidt wies noch auf den erhöhten Beitrag am 1. Januar hin und ersuchte um scharfe Wüchertkontrolle. Nirgends dürfe Lauheit platzgreifen. Jeder müsse seine Pflicht tun; dann wäre auch der Achtstundentag gesichert.

**Chemnitz.** Am 1. Januar nahm eine Mitgliederversammlung Stellung zu den Lohnverhandlungen am 21. Dezember in Dresden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden Wagner (Chemnitz) und Heinz (Oelsnitz) in üblicher Weise gelehrt. Hierauf erstattete Kamerad Mally den Bericht. Daraus ging hervor, daß der nachgewiesenen Preissteigerung nicht Rechnung getragen, aber auch nicht daran gedacht wurde, einen Ausgleich für Dezember zu gewähren, wo unsere Löhne, vor allem in der zweiten Dezemberhälfte, zum Teil 30 bis 50 % niedriger waren als die Löhne der andern Gewerbe. Dadurch komme es, daß unser für die erste Januarhälfte abge-

schlossene Lohn von 430 M. und 10 M. für die Großstädte zum Teil niedriger sei als deren Löhne für Dezember. Es zeige sich gerade in diesem Winter, daß die Unternehmung die ihnen günstige Winterperiode mit aller Rücksichtslosigkeit ausnütze. Da aber dieses Abkommen unter gewissen Bedingungen nur bis 11. Januar Gültigkeit hat, wurde es gegen wenige Stimmen angenommen. Weiter wurde für dringende erforderlich erachtet, da die Unternehmung den Winter ebenfalls dazu ausnütze, um stellenweise Polieren den Lohn zu kürzen, es mehr denn je Aufgabe der Poliere sein muß, sich im Kampfe gegen das Unternehmertum anzuschließen. Nachdem verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen: „Die am 1. Januar im „Volkshaus“ in Chemnitz tagende Zimmererverversammlung beauftragt den Hauptvorstand, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates in bezug auf Arbeitszeit im Baugewerbe nicht zur Durchführung gelangen, sondern sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß der Achtstundentag im Baugewerbe erhalten bleibt. Die Chemnitzer Zimmerer sind zu diesem Zwecke bereit, den Kampf aufzunehmen. Weiter wird der Hauptvorstand beauftragt, bei dem ADGB und den maßgebenden Regierungsinstanzen dahin zu wirken, daß die Reichsarbeitslosenunterstützung möglichst bald und wesentlich erhöht wird, da die Lage der Erwerbslosen geradezu katastrophal ist.“ Wegen einer Stimme wurde beschlossen, 20 000 M. zu Lasten der Lokalkasse für die Ausgesperrten in der Pfalz zu bewilligen.

**Darkehmen.** In der Monatsversammlung am 2. Januar waren 13 Kameraden erschienen. Zunächst gab der Kassierer ein Schreiben des Gauleiters bekannt. Es wurde von den Anwesenden ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Von einigen Kameraden wurde die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes verlangt. Diesem Verlangen stimmten sämtliche Kameraden bei. Der alte Vorstand nahm die Wahl wieder an, nur der 2. Kassierer wurde neu gewählt. Sodann wurde zur Wahl einer Schlichtungskommission Stellung genommen. Der Kassierer erläuterte die Gründe hierfür. Da in letzter Zeit Lohnstreitigkeiten mit einem Unternehmer entstanden, die zu schlichten der Gauleiter beauftragt werden mußte, sei es angebracht, eine Schlichtungskommission zu wählen, damit solche Differenzen schnell erledigt werden könnten. Die drei vorgeschlagenen Kameraden erklärten sich zur Übernahme des Postens bereit.

**Jarmen.** Zu unserer regelmäßigen Mitgliederversammlung am 7. Dezember waren fast alle Kameraden bis auf wenige auswärtige erschienen. Die Tagesordnung nahm geraume Zeit in Anspruch. Es wurde das Benehmen der Unternehmung gegen die Kameraden scharf gerügt. Der Vorsitzende, Kamerad Regahl, wies darauf hin, daß nicht nur ein Kamerad, sondern alle Kameraden der Zahlstelle dem Unternehmer gegenüber fest und standhaft bleiben müssen. Auch müsse darauf hingewirkt werden, wirklich der Forderung entsprechende Löhne zu fordern und Kämpfe mit Erfolg durchzuführen. Nach längerer Aussprache wurde die Delegiertenwahl zum Ortsausschuß vorgenommen. Es wurden die Kameraden Egel und Schmidt gewählt.

**Kolberg.** Am 4. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende wünschte den Kameraden ein fröhliches neues Jahr und ging dann zur Vorstandswahl über. Der Vorstand wurde mit einigen Ausnahmen wiedergewählt. Zur Abführung des Beitrages für den Kolberger Volksgemeinschaft wurde 1/2 % vom Lohn vorgeschlagen und angenommen. Hierauf folgte eine lebhaft geführte Debatte über die hohen Erwerbslosenbeiträge. Hierzu wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Zimmerer Kolbergs protestieren gegen die Höhe der Erwerbslosenbeiträge.“ Grund: „Es sind über 50 % arbeitslos, davon viele schon ausgefeuert. Es ist nicht möglich, von diesen Kameraden die Beiträge zu bekommen, und beantragen deshalb eine Herabsetzung der Erwerbslosenbeiträge.“ (Wie aus Nr. 1 des „Zimmerer“ ersichtlich ist, sind die Erwerbslosenbeiträge bereits um 50 % herabgesetzt.)

**Lüdenscheid.** Am 7. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Die Neuwahl des gesamten Vorstandes war bald erledigt, da er einstimmig wiedergewählt wurde. Es folgte die Erhöhung der Spesen für die Kartelldelegierten. Sie wurden nach kurzer Debatte auf einen halben Stundenlohn für die Sitzung festgesetzt. Hierauf wurde zur Agitation unter den Lehrlingen Stellung genommen. Durch Umfrage auf den Plätzen ist festgestellt worden, daß noch einige Lehrlinge unsern Verbände fernstehen. Es soll versucht werden, auch sie für unsern Verband zu gewinnen. Deshalb wurde den Kameraden, die mit Lehrlingen zusammenarbeiten, aufgegeben, dafür zu sorgen, daß diese dem Verbande zugeführt werden. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Versammlungstag der jedesmal der erste Sonntag im Monat ist, im Versammlungsanzeiger des „Zimmerer“ bekanntzumachen. Es wurde ferner beschlossen, um den Versammlungsbefuch zu heben, daß in der Stadt wohnende Kameraden mindestens 2 Versammlungen und die auswärtigen Kameraden eine in jedem Quartale zu besuchen haben. Wer diesem Beschluß nicht nachkommt, hat eine Strafe in Höhe des jeweiligen Stundenlohnes an die Lokalkasse zu zahlen.

**Prignitz.** (Jahresbericht.) Das verfloßene Jahr war für unsere Zahlstelle ein arbeitsreiches, schweres Jahr. Wir standen dauernd im Kampfe gegen die wirtschaftliche Not. Im allgemeinen war unser Hauptaugenmerk auf Lohnaufbesserungen gerichtet, um unsere Lage einigermaßen erträglich zu gestalten und unser Einkommen der rapide fortschreitenden Teuerung anzupassen. Nicht nur das allein war unsere Sorge; auch auf gewerkschaftlichem Gebiete hatten wir reiche Arbeit. Trotzdem muß und wird es uns weiter gelingen, unsere Zahlstelle immer besser auszubauen. Die Lohnaufbesserung für uns erfolgt durch bezirkliche Verhandlungen und eventuell durch das Bezirkslohnamt, das im äußersten Falle durch Schiedspruch entscheidet. Am Anfang des Jahres betrug unser Lohn 8,30 M. bis Jahreschluß erhöhte er sich auf 2,60 M. pro Stunde. Die Bautätigkeit war bis in den Hochsommer hinein eine recht gute, wogegen sie im Herbst sehr abflaute, so daß 16 Kameraden entlassen wurden, die aber alle wieder in der Nähe im Verufe untergebracht werden konnten. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 57; sie ging bis Jahreschluß auf 47 zurück, was der starken Konjunktur zuzuschreiben ist. Eingetreten ist 1 Mitglied und

abgemeldet haben sich 10 wegen Auswanderung, 1 Mitglied ist verstorben. Versammlungen wurden im Jahre 19 abgehalten, wovon einige sehr schwach besucht waren. Vom Vorsitzenden wurde das Verhalten der Mitglieder scharf verurteilt mit dem Hinweis, daß alle Kameraden die Versammlungen pünktlich zu besuchen hätten; denn nur dadurch könne ein fester Zusammenschluß erfolgen und Einigkeit erzielt werden. Durch Einigkeit erhalte die Zahlstelle die Macht, die Interessen eines jeden Mitgliedes restlos zu vertreten. Leider war es unserm Gauleiter nur möglich, einer Versammlung beizuwohnen, da er mit Arbeit überbürdet ist. Die Zahlstelle erhofft aber im neuen Jahre seinen öfteren Besuch.

**Prignitz.** Am 1. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Propp, erstattete den Jahresbericht und beleuchtete die Tätigkeit der Zahlstelle. Es wurden abgehalten 1 Generalversammlung, 11 Monats- und 5 außerordentliche Versammlungen sowie 2 Vorstandssitzungen. Das Jahr 1922 sei ein Jahr voll des Kampfes gewesen. Er ermahnte die Kameraden, nicht wankelmütig zu werden, sondern fest zusammenzuhalten; denn das kommende Jahr werde das verfloßene an Kämpfen noch übertreffen. Die Unternehmung setzten alles daran, um uns den Achtstundentag zu rauben und den Stundenlohn herabzudrücken. Sodann zeigte er die Entwicklung der Löhne seit Januar 1922 und schloß mit der Aufforderung, der Organisation Kreise zu wahren. Anschließend folgte der Bericht von der Lohnerbehandlung in Sietlin. Der Vorsitzende gab einen Ueberblick über den Gang der Verhandlung. Unsere Forderung von 380 M. sei den Unternehmern zu hoch gewesen, ihr Angebot lautete nur auf 275 M., 3 M. Geschirrgeld und 25 A. Kilometergeld. Von unsern Vertretern wurde das Angebot abgelehnt und die Sache dem Bezirkslohnamt überwiesen. Es folgte eine rege Aussprache. Sodann erstattete der Kartelldelegierte den Kartellbericht und gab die baldige Anstellung eines Bezirkssekretärs bekannt. Bei der Vorstandswahl wurde dem alten Vorstande das Vertrauen ausgesprochen; durch Zufall erfolgte seine Wiederwahl. Die Vorstandsbesetzung wurde wie folgt geregelt: Der Vorsitzende und der Kassierer erhalten aus der Lokalkasse freien Beitrag, der Schriftführer die Hälfte und die beiden Revisoren für jede Revision eine Beitragsmarke frei. Mit einem Appell an die Mitglieder, unsern Zentralverband treu zu bleiben, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

**Sensburg.** Am 30. Dezember tagte unsere Jahresversammlung. Der Vorsitzende warf einen Rückblick auf das vergangene Jahr und hoffte, daß im neuen Jahre das Verbandsleben reger und der Versammlungsbefuch besser werden möge. Anschließend erfolgten die Neuwahlen. Die Wahl des Vorstandes konnte nicht vollständig erledigt werden; sie wurde auf eine spätere Versammlung verlagert. Es erfolgte noch die Wahl des Kartelldelegierten und eines Revisors zum Schlichtungsausschuß. Als Strafe für Streikbrecher wurde ein Viertel des Wochenlohnes und für gestrichene Mitglieder 20 % festgesetzt. Als Entschädigung für den Kassierer wurde die Gewährung des jeweiligen Wochenbeitrages sowie 5 % der Lokaleinnahme beschloffen. Hiervon erhält der Unterkassierer für Sensburg 2 1/2 %.

**Sohland.** Am 31. Dezember fand unsere Hauptversammlung statt. Der als Referent angemeldete Gauleiter, Kamerad Köhler, hatte infolge Krankheit in letzter Minute abgeschrieben. Nach Erstattung des Jahres- sowie des Kassensberichtes gab der Vorsitzende den Bericht von den letzten Lohnerhandlungen. Danach beträgt der Stundenlohn für Zimmerer 430 M. Bei den Neuwahlen wurde der bisherige Gesamtvorstand wiedergewählt. Die Entschädigung der Kartelldelegierten wurde entsprechend erhöht. Der Antrag, ein Wintervergütungen zu beantragen, wurde abgelehnt, da die wirtschaftliche Notlage dies nicht gestattet. Ferner wurde noch eine Resolution angenommen, die den beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen zugestellt werden soll. Sie lautet: „Die am 31. Dezember 1922 in Sohland a. d. Spree tagende Zimmererverversammlung nimmt mit Entrüstung Stellung gegen den Beschluß des Reichswirtschaftsrates, den Achtstundentag zu durchbrechen, und protestiert energisch gegen solche Maßnahmen.“ Die Kameraden von Sohland hoffen, daß sämtliche Zimmerer Deutschlands sich dieser Resolution anschließen und gleiche Maßnahmen ergreifen.

**Swinemünde.** Am 7. Januar tagte beim Gastwirt Jant unsere erste Monatsversammlung. Zunächst erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Sie stieß auf Schwierigkeiten, da der bisherige Vorstand zurücktrat. Trotzdem wurde der Vorstand vollzählig gewählt. Ferner wurden die Lohnkommission, ein ständiger Revisor im Schlichtungsausschuß und ein Revisor am Gewerbegericht gewählt. Hierauf folgte die Festsetzung der Vorstandsentchädigung. Für den Vorsitzenden wurden 3000 M., für den Kassierer 6000 M., für den Schriftführer 2000 M., für die Lohnkommission ein Stundenlohn und 50 M. und für die Kolporteurs 15 M. im Monat pro Mitglied festgesetzt. Anschließend erfolgte der Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern. Diese boten 380 M., während unsere Forderung 400 M. betrug. Das Angebot erschien uns nicht ausreichend. Die Unternehmung erklärten, sie gehörten dem Arbeitgeberverbände wieder an. Wir forderten danach die durch die bezirklichen Verhandlungen für Swinemünde geltende Lohnstufe von 350 M. Im weiteren wurde der Kartellbericht erstattet. Auf der Bezirkskonferenz ist die Anstellung eines Bezirkssekretärs erfolgt. Hierzu hat jedes Mitglied einen Extrabeitrag von 30 M. zu leisten. Ebenfalls ist der Kartellbeitrag auf 30 M. erhöht worden. In „Verschiedenes“ wurde Mitteilung gemacht von der Entlassung von 4 Kameraden durch die Firma Arps. Da auswärtige Kameraden weiterbeschäftigt wurden, wurde der Vorsitzende beauftragt, die Sache dem Schlichtungsausschuß zu übergeben. Am Schluß der Versammlung wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß auch im neuen Jahre es gelingen möge, gute Arbeit für unsern Verband zu leisten. Dem alten Vorstand gebühre Dank für seine treue Arbeit.

**Traunstein in Oberbayern.** Am 31. Dezember fand unsere Generalversammlung statt. Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig. Als Referent war der Gauleiter Kamerad Schönaußgruber, München, erschienen. Er sprach über den Reichs- und Landesrat und erläuterte klar und deutlich die einzelnen Bestimmungen. Auch forderte er, daß alle Kameraden die tariflichen Bestimmungen gewissenhaft be-

achten, damit der Tarifvertrag voll und ganz durchgeführt werde. Ferner sei notwendig, daß die Kameraden ihren Unternehmern gegenüber mehr Zurückhaltung üben und sie nicht über Vorgänge aus unserer Bewegung unterrichten. Mancher der Kameraden sei viel zu offen, zum Schaden unserer Sache. Anschließend folgte die Vorstandswahl. Der Vorsitzende und der Kassierer wurden neu, die übrigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Den Zurücktretenden wurde für ihre langjährige Tätigkeit der Dank ausgesprochen. Der Gauleiter betonte noch, daß die Versammlungen lebendiger werden müßten. Es wurde beschlossen, die Mitgliederversammlungen jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, abzuhalten. Bei unentschuldigtem Fernbleiben sind 20 M zu zahlen.

**Wernigerode.** Am 23. Dezember fand unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshause statt. Der Kassierer erstattete Bericht von der letzten Ortsauschusssitzung. Dort war zur Finanzierung unseres Gewerkschaftshauses die Ablieferung von 5 M für jede verkaufte Marke in Vorschlag gebracht worden. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu. In der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand von der Versammlung einstimmig wiedergewählt. Bei der Wahl der Kolporteurs gab es Schwierigkeiten; denn die vorgeschlagenen Kameraden lehnten meistens ab. Trotzdem konnten die Posten alle besetzt werden. In einem der Zahlstellen zugegangenen Schreiben des Hauptvorstandes wurde gefordert, daß jedes Mitglied 5 M zahlen soll zur Schaffung eines internationalen Kampffonds gegen Militarismus und Reaktion. Die Versammlung lehnte nach gründlicher Aussprache die Zahlung entschieden ab mit der Begründung, daß sie bei der Festsetzung von Extrabeiträgen nicht von der Willkür des Hauptvorstandes abhängig sein wolle.

**Wetter.** Am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Bezüglich der Finanzierung des Bauhüttenbetriebsverbandes wurde beschlossen, daß jedes Mitglied sich mit 100 M beteiligen soll. Die eingehende Summe wird dem Bauhüttenbetriebsverband Hessen und Hessen-Nassau überwiesen. Die Zahlstelle hat 82 Mitglieder. In der Erwartung, daß es auch im neuen Jahre mit neuen Kräften vorwärtsgeht, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Sterbetafel.**

**Werdau.** Am 13. Januar starb an Nierenleiden unser Kamerad **Albin Seifert**, Schönbach, im Alter von 88 Jahren.  
**München.** Unser alter Kamerad **Gregor Leberfinger**, ist am 16. Januar im Alter von 60 Jahren infolge eines Blasenleidens gestorben.

**Gangewerbliches.**

**Ueber den Arbeitsmarkt im Baugewerbe im Dezember 1922** berichtet das „Reichsarbeitsblatt“: Infolge der vorgezeichneten Jahreszeit, der Kapitalknappheit und der hohen Baumaterialpreise, aber auch wegen der unsicheren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nahm die Bautätigkeit vielfach weiter ab. In Schlesien und Brandenburg war zwar eine Belebung des Arbeitsmarktes infolge günstigen Wetters zu beobachten, während dagegen in Bayern anhaltendes Regenwetter die Bautätigkeit fast lahmlegte. Die Beschäftigungsmöglichkeit ist für fast alle Berufe geringer geworden, besonders für Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer, Maler und Pfisterer. Töpfer und Dachbeder sind noch leidlich beschäftigt. Auf dem durch Frachteinseitigung stark beeinflussten Baumaterialienmarkt herrscht zunehmende Stille. Das Angebot in sämtlichen Bauartikeln, mit Ausnahme von Portlandzement, überzog die Nachfrage.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

Die freien Gewerkschaften des Saargebietes, soweit sie dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, hielten Mitte Dezember vorigen Jahres einen Kongress ab, der sich mit der Währungsfrage, der Steuerfrage, dem Arbeitsrecht und der Schaffung eines Bezirkssekretariates im Saargebiet beschäftigte. Der stenographische Bericht der Verhandlungen ist zum Preise von 250 M durch das Bezirkssekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Saarbrücken, Eisenbahnstraße 30, zu beziehen.

**Kündigung des Abkommens über den Achtstundentag in Dänemark.** Das am 15. Mai 1919 zwischen dem Dänischen Gewerkschaftsbund und dem Dänischen Arbeitgeberverband getroffene Abkommen über den Achtstundentag ist von letzterem zum 1. April 1923 gekündigt worden mit der Begründung, daß das Abkommen seinerzeit zwischen den beiderseitigen Hauptorganisationen abgeschlossen wurde. Da jedoch die letzte Generalversammlung des Gewerkschaftsbundes beschlossen hat, daß dieser nicht berechtigt ist, für die angeschlossenen Verbände oder gegen deren Willen Verträge über Lohnfragen abzuschließen, wohl aber Abmachungen über Fragen von allgemeinem Interesse aller Verbände, wie zum Beispiel über die Arbeitszeitfrage, treffen kann, ist der Arbeitgeberverband der Ansicht, daß, wenn doch mit jedem Verband einzeln über Lohnfragen zu verhandeln sei, auch gleichzeitig hiermit Abmachungen über die Arbeitszeit getroffen werden können. — Für das Jahr 1923 wird die Kündigung keine praktische Bedeutung erhalten, da die Verträge fast aller angeschlossenen Verbände bis zum Frühjahr 1924 laufen. — Der Arbeitgeberverband wird aber damit rechnen müssen, daß in dieser Frage die gesamten Gewerkschaften Dänemarks einig stehen und jeder Verschlechterung des Achtstundentages ihre Zustimmung verweigern werden.

**Ein Angriff gegen den Achtstundentag in Belgien** In Belgien haben die Angriffe auf den Achtstundentag in den letzten Wochen eine verschärfte Form angenommen. Nach dem belgischen Achtstundentaggesetz müssen Ausnahmegewilligungen erst den beratenden Organen des Arbeits-

ministeriums; dem Obersten Industrie- und Handelsrat und dem Obersten Industrie- und Arbeitsrat, zur Prüfung vorgelegt werden. Nur in dem zweitgenannten Organ sind die Arbeitergewerkschaften vertreten. In der letzten Zeit hatten sich die beiden Gruppen mit einer großen Anzahl von Ausnahmen um Ausnahmegewilligungen zu befassen. Es wurde vorerst versucht, das Achtstundentaggesetz anzugreifen, in dem die in dem Gesetz stipulierten Freiheiten ausgenutzt wurden. Diese versteckte Methode, die Wirkungen des Achtstundentaggesetzes zu verringern, konnte jedoch nur geringfügige Resultate haben; denn die Arbeiterdelegierten im Obersten Industrie- und Arbeitsrat blieben gegenüber dem kapitalistischen Appetit unnachgiebig und machten über die strikte Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Die Unternehmer mußten daher versuchen, die Grundbestimmungen des Gesetzes selbst zu Fall zu bringen. In seiner Sitzung vom 18. November befaßte sich der Oberste Industrie- und Handelsrat, der ausschließlich aus Unternehmervertretern zusammengesetzt ist, mit dem Achtstundentaggesetz für die Handelsunternehmungen und nahm schließlich einen Antrag an, der eine Revision des Gesetzes verlangt. Nunmehr ist jedoch der Rat selbst ein Gesetzentwurf auf Abschaffung des Achtstundentages für eine Frist von 2 Jahren vorgelegt worden. Damit ist die direkte, unverhüllte Offensive gegen die Arbeiterklasse eröffnet. Es wird sich zeigen, ob das Unternehmertum und die bürgerlichen Parteien genügend Mut aufbringen, um der Armee der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die bereits durch ihre machtvollen, in ziemlich allen Städten Belgiens abgehaltenen Manifestationen bewiesen hat, daß sie bereit ist, den Kampf aufzunehmen, die Stirne zu bieten.

**Briefkasten der Redaktion.**

Berichte aus den Zahlstellen gehen, wie immer an Jahresbeginn, eine stattliche Anzahl ein. Ihrer schnelleren Veröffentlichung wegen den Umfang des „Zimmerer“ auf 8 oder 12 Seiten zu erweitern, wie das in früheren Jahren geschah, ist heute aus finanziellen Gründen nicht angängig. Es muß bei 4 Seiten sein Bemenden haben. Die Berichte gelangen in der Reihenfolge, wie sie hier eingehen, zum Ausdruck. Für die nächsten Nummern sind wir eingedeckt.

**Versammlungsanzeiger.**

- Montag, den 29. Januar:**  
Anklam: Abends 7 Uhr im „Stadttheater“, Friedländer Straße.
- Mittwoch, den 31. Januar:**  
Guben: Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Freitag, den 2. Februar:**  
Böckum: Abends 6½ Uhr bei Gustav Janzen, Marienstraße 42. — Guxum: Abends 8 Uhr bei Otto Greve, Süderstraße.
- Sonntag, den 3. Februar:**  
Wernburg: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Marburg: Gleich nach Feierabend bei Jesberg, Wehrdammweg. — Waune: Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstr. 24. — Wismar: Abends 7 Uhr in der „Gansa“.
- Sonntag, den 4. Februar:**  
Beckum, Bez. Oelde: Vorm. 11 Uhr bei Ingbert, Jungestraße. — Borghorst: Vorm. 11 Uhr im Lokal von Wilh. Haase. — Cüstrin: Nachm. 3 Uhr bei Jakob, Plantagenstraße. — Deutsch-Krone: Nachm. 2 Uhr bei Spidemann, Seeblick. — Düren: Vorm. 10 Uhr im Lokale „Zum Grafen Zeppelin“ bei Wilhelm Kurth, Annaplag. — Gerstwalde: Nachm. 2 Uhr im Lokale von Paul Schranke. — Hagen: Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Ecke Eberfelder Straße und Bergstraße. — Lemgo: Vorm. 10 Uhr im Verbandslokale von H. Volland, Breite Straße. — Lützencheid: Vorm. 10 Uhr bei Hugo Mölle, Hochstr. 12. — Marne: Nachm. 4 Uhr bei Witwe Bartels, Mittelstraße. — Neuwied: Vorm. 10 Uhr im Lokale von Witz, Marktstraße. — Verden a. d. Aller: Nachm. 3 Uhr bei Helmbald, Andreasstr. 9.

**Anzeigen.**

**Nachruf.**  
Am 23. Dezember starb an Lungenleiden unser Kamerad **Karl Dehner** im Alter von 22 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Dortmund u. Umg.

**Nachruf.**  
Am 10. Januar starb nach langer Krankheit an Herzleiden und Asthma unser Kamerad **Jakob Pfaff** im Alter von 48 Jahren. Sein Wirken in der Zahlstelle wird ihm zu dauerndes Gedenken bewahren.  
Die Kameraden der Zahlstelle Essen.

**Nachruf.**  
Am 11. Januar starb infolge Unglücksfalles der fremde Zimmerer **Martin Platz** aus Mühlberg a. d. Elbe im 19. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die fremden Zimmerer und Kameraden der Zahlstelle Hannover.

**Nachruf.**  
Am 10. Januar starb an Gehirngrippe unser Kamerad **August Krakowski** im Alter von 25 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Böttch.

**Nachruf.**  
Am 9. Januar starb infolge Nervenkrankheit unser Kamerad **Franz Bohmisch** im Alter von 59 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Passau u. Umg.

**Nachruf.**  
Am 10. Dezember starb nach langer Krankheit unser Kamerad **Fritz Wilkening** im Alter von 27 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Wanne.

**Nachruf.**  
Am 11. Dezember starb infolge Unglücksfalles unser Kamerad **Jos. Bergmann** im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Witten a. d. R.

**Nachruf.**  
Am 28. Dezember starb plötzlich durch Unglücksfall unser Kamerad **Paul Rahne** im Alter von 33 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Berbst i. A.

**Achtung! Zimmerer von Aachen u. Umg.**

Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung findet jeden zweiten Montag im Monat, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 30, statt. Der Vorstand.

**Zahlstelle Beetzendorf.**

Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 2 Uhr: Generalversammlung bei Karl Berlin. Kameraden, die nicht erscheinen, müssen laut Versammlungsbeschluss 200 M in die Lokalkasse zahlen. Der Vorstand.

**Zahlstelle Dresden und Umgegend.**

Sonntag, den 25. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saal 11, Dresdner Volksaus: Zahlstellenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Stellungnahme zur Neuwahl des Vorstandes und Wahl einer Wahlkommission. 3. Sonstiges. Eventuelle Erweiterung der Tagesordnung geht den Delegierten mit dem Jahresbericht zu. Der Zahlstellenvorstand.

**Achtung! Zahlstelle Elmshorn.**

Vom 1. Februar an Bezirkskassierung. Auszahlung der Unterstützung beim Kassierer **H. Arpe**, Reeperbahn 71, jeden Sonnabend, nachm. von 5 bis 6 Uhr. Der Vorstand.

**Zahlstelle Hamburg und Umgegend.**

Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung erfolgt vorübergehend für die Buchstaben A bis K am Freitag von 9 bis 1 Uhr, für die Buchstaben L bis Z am Sonnabend von 9 bis 3 Uhr. Die durch Abstimmung beschlossene Extraintersubvention, rückwirkend bis 15. Januar, gelangt ebenfalls an diesen Tagen, erstmalig Freitag, den 28. Januar, zur Auszahlung. Tarifverträge sind zum Preise von 20 M im Zahlstellenbureau zu haben. Der Vorstand.

**Achtung! Zahlstelle Weiße i. Schl.**

Zureisende Kameraden haben sich, ehe sie sich um Arbeit umschauen, beim Vorsitzenden **J. Müller**, Königstraße 9, Friedrichstadt, zu melden. Der Vorstand.

**Zahlstelle Trier.**

In diesem Jahre finden unsere regelmäßigen Versammlungen wieder jeden zweiten Samstag im Monat, abends 6 Uhr, in der Wirtschaft von Herrn Koppelpamp am Hauptmarkt statt. Die Zahlstellenleitung.

**Zahlstelle Woldenberg.**

Die Adresse des neuen Kassierers ist: **Robert Link**, Woldenberg i. d. Neumark, Neue Straße 14. Der Vorstand.

Der Zimmerer **Fritz Gössler**, Buchnummer 68 855, Stargard i. P., wird hiermit ersucht, seinen Verpflichtungen in Mannheim sofort nachzukommen. Kameraden, die seinen Aufenthalt kennen, ersuchen wir, umgehend Mitteilung zu machen an den Mitgesellen der fremden Zimmerer in Mannheim H. 1. 11.

Der Zimmerer **Karl Räh**, Buchnummer 8302, geboren Osterleben, ist hier abgereist, ohne sich abzumelden und seinen Verpflichtungen nachzukommen. Kameraden, die seinen Aufenthalt kennen, werden ersucht, ihn an seine Pflichten zu erinnern. **Franz Hassel**, Taugerhütte, Arnimstr. 37.